



**Landesdelegiertenkonferenz**

**Jusos Hamburg**

**27. August 2022**



# **Beschlussbuch**

Carlo Hofacker  
Landesgeschäftsführer  
Jusos Hamburg

<b>B1</b>	Antragsteller*in:	Juso-Landesvorstand, Jusos-Wandsbek
	Beschluss:	

1 **Antirassismusbeauftragte auf Juso-Bundesebene!**

2

3 Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress

4

5 **Forderung**

6

7 Wir fordern die Schaffung des Postens einer\* oder eines Antirassismusbeauftragten auf  
8 Juso Bundesebene. Der Juso Bundesvorstand wird beauftragt, einen Posten für das  
9 gewählte Amt einer\* oder eines Antirassismusbeauftragten zu schaffen. Die  
10 ausgewählte Person muss sich selbst als BIPoC identifizieren. Der Bundesvorstand  
11 möge bitte einen Verfahrensvorschlag zur Wahl oder Ernennung der Person erarbeiten.

12

13 Ziel dieses Antrages ist, rassistische Strukturen innerhalb unseres bunten Verbandes  
14 effektiver aufzudecken, Betroffenen von rassistischen Erfahrungen im Verband eine  
15 Ansprechperson zur Verfügung zu stellen und die innerverbandliche  
16 Antirassismuserbeit dahingehend zu fördern und mit Nachdruck zu fordern. BIPoC's  
17 sind als Personengruppen von unzähligen rassistischen Strukturen betroffen, die ihren  
18 Lebensalltag erschweren und Selbstverwirklichungspotenziale im Keim ersticken. Die  
19 Jusos stehen für eine diverse, pluralistische und antifaschistische Aufklärung bei  
20 politischen Prozessen und gesellschaftlichen Aktivitäten. Diesen noblen  
21 Überzeugungen sollen nun praktische Möglichkeiten folgen, BIPoC's aktiver in die  
22 Verbandsarbeit einzuschließen.

23

24 **Begründung**

25

26 Nicht zuletzt die BIPoC-Vernetzung vor großen Juso Bundesveranstaltungen und  
27 Critical Whiteness Seminare illustrierten, dass es durchaus möglich ist, nicht nur für  
28 Antirassismus und Antifaschismus zu werben, sondern diese Ideale auch praktisch  
29 umzusetzen. Solche Veranstaltungen schaffen Bündnisse, Netzwerke, bedeutsame  
30 Aufklärung im Kampf gegen Hass und Hetze von Rechts sowie einen kräftigen Ruck  
31 nach vorne für den gesamten Verband, um in einer Vorreiterstellung als Vorbild für  
32 andere politische Jugendverbände zu stehen. Die Notwendigkeit von BIPoC  
33 Engagement, Empowerment und Involvierung fußt weiterhin auf der politischen Linie,  
34 welche die SPD-Mutterpartei durch den Einsatz von Reem Alabali-Randovan unter  
35 anderem als Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus vorbildlich aufstellt.

<b>B2</b>	Antragsteller*in:	Landesvorstand, Jusos Hamburg-Mitte
	Beschluss:	

1 **Keine Massenüberwachung in einer freien Gesellschaft**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
4 Landesparteitag der SPD Hamburg und den Bundeskongress der Jusos beschließen:

5

6 **Forderungen:**

7

8 Die SPD-Fraktionen in den Landesparlamenten und sozialdemokratischen Mitglieder in  
9 den Landesregierungen sowie die SPD-Bundestagsfraktion und die  
10 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sind aufgerufen die  
11 nachstehenden Positionen umzusetzen.

12

13 1.) Alle Länder und der Bund führen Überwachungsgesamtrechnungen in gegenseitiger  
14 Berücksichtigung und unter Beachtung europäischer Ermächtigungen durch. Bis zum  
15 Abschluss dieses Prozesses werden Sicherheitsbehörden keine neuen Befugnisse  
16 eingeräumt und auf europäischer sowie völkerrechtlicher Ebene stimmt die  
17 Bundesrepublik Deutschland entsprechenden Rechtsakten oder Maßnahmen nicht zu.  
18 Die Überwachungsgesamtrechnung erfolgt jeweils durch ein unabhängiges Gremium  
19 und wird regelmäßig, aber spätestens alle drei Jahre, wiederholt. Sie umfasst eine  
20 Überprüfung aller Ermächtigungen, den Umfang ihrer Ausübung, ihrer Effektivität, aller  
21 anderen vergleichbaren und relevanten Umstände und orientiert sich an  
22 wissenschaftlichen Erkenntnissen. Ihre Ergebnisse sind öffentlich. Einzelne  
23 Informationen dürfen ausnahmsweise nicht veröffentlicht werden, soweit überragend  
24 wichtige Interessen ihre Geheimhaltung gebieten. Für die Ergebnisse und  
25 Empfehlungen gilt ein Berücksichtigungsgebot.

26

27 2.) Überwachungsmaßnahmen sehen wir nur individualisiert vor. Massenüberwachung  
28 - gleichgültig ob bezogen auf Inhalts- oder Verbindungsdaten, ob im Inland oder  
29 Ausland - ganzer Netze, Knotenpunkte, Plattformen oder vergleichbarer Bereiche  
30 lehnen wir ab. Entsprechende Befugnisse werden abgebaut. Die Bundesrepublik, ihre  
31 Behörden und Stellen wirken auf internationaler und europäischer Ebene darauf hin,  
32 entsprechende Praktiken zu beenden und stellen Mitwirkungshandlungen ein.

33

34 3.) Wir verankern strenge Auskunft-, Dokumentations- und Löschpflichten für  
35 Sicherheitsbehörden. Dabei werden insbesondere schriftliche Begründungspflichten für  
36 Abfragen normiert, sowie Löschpflichten verbindlich festgelegt und nicht in das  
37 Ermessen der Behörde gestellt. Wir verankern dienst- und strafrechtliche

38 Konsequenzen sollten diese Maßgaben nicht eingehalten werden. Es wird eine  
39 unabhängige und vor allem regelmäßige und unangekündigte Kontrolle vorgenommen.

40

41 4.) Automatisierte Anwendungen zur Datenverarbeitung und Analyse sind nur  
42 ausnahmsweise einzusetzen. Dies gilt insbesondere für von privaten Unternehmen  
43 entwickelte Anwendungen, deren Quellcode nicht öffentlich ist. Anwendungen, die eine  
44 dafür vorgesehene pluralistisch besetzte staatliche Stelle nicht kontrollieren konnte,  
45 dürfen nicht eingesetzt werden. Ein Mensch muss stets die endgültige  
46 Entscheidungskompetenz haben.

47

48 5.) Wir verankern ein subjektives Recht auf wirksame Verschlüsselungstechnologien  
49 ohne staatliche oder sonstige Hintertüren. Maßnahmen, die die Wirksamkeit von  
50 Verschlüsselung umgehen oder mittelbar angreifen, wie beispielsweise  
51 Client-Side Scanning, lehnen wir ab. Dieses Recht umfasst ausdrücklich auch, soweit  
52 technisch möglich, die eigene Wahl der Verschlüsselungstechnologie.

53

54 **Begründung:**

55 Nicht zuletzt durch den Digitalisierungsschub während der Coronapandemie ist die  
56 Bedeutung des Internets und online basierter Dienste erneut gewachsen. Insgesamt  
57 haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend mehr Bereiche der  
58 Gesellschaft und des alltäglichen Lebens digitalisiert. Zeitgleich hat sich auch die  
59 Menge an Daten, die wir bei unseren Online-Aktivitäten tagtäglich bewusst und  
60 unbewusst produzieren und die tiefe Einblicke in das private Leben liefern  
61 können, potenziert.

62

63 Spätestens seit den Anschlägen am 11. September 2001 auf das World Trade Center  
64 in New York ist dann die Bekämpfung des internationalen Terrorismus in den  
65 Mittelpunkt von Debatten um Überwachungsmaßnahmen gerückt. Im Anschluss an  
66 verschiedene Anschläge auch in Europa wurden Sicherheitsgesetze wiederholt  
67 verschärft. Es wurden Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung, die  
68 Klarnamenpflicht für Sim-Karten, aber auch die automatisierte Datenverarbeitung im  
69 internationalen Flugverkehr eingeführt. Die damit einhergehenden Gefahren oder  
70 überhaupt die Zweckmäßigkeit vieler in direkter Reaktion beschlossener Maßnahmen  
71 wurden häufig kaum diskutiert. Gesellschaftlich eigentlich unerwünschte  
72 Konsequenzen rückten viel mehr erst zeitlich verzögert, im Rahmen von Aufdeckungen  
73 wie den Snowden-Leaks, dem Cambridge-Analytica Skandal oder dem jüngsten  
74 Datenskanal der Bremer Polizei, zeitweise in den Mittelpunkt.

75

76 Vor diesem Hintergrund fehlt es an einer grundsätzlichen sozialdemokratischen und  
77 jungsozialistischen Positionierung zum Verhältnis Bürger-Staat im Rahmen der  
78 öffentlichen Sicherheit in der digitalisierten Gesellschaft.

79

80 Wichtigste Maßgabe muss sein, dass der Zweck nicht die Mittel heiligen kann. Die  
81 technischen Möglichkeiten zur digitalen Überwachung sind beinahe umfassend  
82 geworden. Um dies festzustellen, bedarf es auch keines Blickes in autoritäre Systeme  
83 wie die Volksrepublik China, welche alle Bürger, aber insbesondere ethnische  
84 Minderheiten, einer noch vor wenigen Jahren technisch unmöglichen,  
85 Massenüberwachung unterzieht. Auch ein Blick in westliche Partnerstaaten wie die  
86 USA und Großbritannien zeigt, wie der digitale und öffentliche Raum zunehmend  
87 gläsern werden kann.

88 Eine demokratische Gesellschaft sollte jedoch frei von Massenüberwachung sein.  
89 Sie zeichnet sich gerade dadurch aus, dass der Einzelne sich grundsätzlich frei von  
90 staatlichem Einfluss entfalten kann. Diese freie Entfaltung ist nicht oder nur  
91 eingeschränkt möglich, wenn Menschen befürchten, überwacht zu werden. Gerade die  
92 schwere Durchschaubarkeit digitaler Überwachung verstärkt diesen Effekt; sie ist im  
93 Einzelnen kaum erkennbar und entzieht sich häufig in ihrer Reichweite dem  
94 individuellen Verständnis.

95  
96 Dabei geht es nicht darum, Sicherheitsbehörden die Möglichkeit zum effektiven Schutz  
97 kollektiver und individueller Rechtsgüter zu nehmen. In einem freiheitlich-  
98 demokratischen Rechtsstaat sollte aber das Verhalten des Einzelnen  
99 Anknüpfungspunkt für Maßnahmen sein. Das massenhafte Scannen von Inhalten oder  
100 grundsätzliche Speichern von Verbindungsdaten trifft jedoch alle Menschen.

101  
102 Wenn Menschen bewusst wird, dass sie überwacht werden, stellen sie nicht nur  
103 strafrechtlich sanktioniertes Verhalten ein, sie zensieren sich selbst. So brach  
104 beispielsweise die Suche nach Begriffen rund um Themen wie Geheimdienste und  
105 Überwachung nach den Enthüllungen durch Edward Snowden ein. Statt sich aktiv mit  
106 der Thematik auseinanderzusetzen, vermieden viele Menschen die Suche nach  
107 Begriffen im Zusammenhang mit Geheimdiensten und der nationalen Sicherheit, um  
108 nicht vermeintlich selbst in den Fokus zu rücken. Entscheidend ist auch nicht, ob Ängste  
109 im Einzelnen berechtigt sind, sondern die Auswirkungen eines latenten Gefühls. Solche  
110 „chilling effects“ müssen wir vermeiden.

111  
112 Hinzu kommt, dass bereits der Nutzen von Massenüberwachung mehr als fraglich ist.  
113 Die abgefangenen Datenmengen sind häufig zu groß, um sie sinnvoll zu ordnen,  
114 entsprechende Maßnahmen sind aufwendig und teuer. Unabhängig von  
115 grundsätzlichen grundrechtlichen und ethischen Problemen sind  
116 Massenüberwachungsmaßnahmen in der Praxis kaum in der Lage die versprochenen  
117 Ergebnisse zu liefern. Selbst interne Untersuchungen der US-Regierung im Anschluss  
118 an die Snowden-Enthüllungen, waren nicht fähig konkrete Beispiele  
119 für verhinderte Terroranschläge zu nennen. Und auch die EU-Kommission rechnet bei  
120 einer Einführung von Maßnahmen wie der sogenannten „Chatkontrolle“ mit einer hohen  
121 Anzahl von Falschmeldungen. Auf der Grundlage ihrer Auswirkungen und Ineffizienz  
122 lehnen wir sämtliche Massenüberwachungsmaßnahmen, wie beispielsweise die  
123 Vorratsdatenspeicherung, aber auch die auf europäischer Ebene vorgeschlagene  
124 „Chatkontrolle“, entschieden ab.

125

126 Vor diesem Hintergrund gilt es eine Bestandsaufnahme von Befugnissen und  
127 Möglichkeiten in gegenseitiger Berücksichtigung durchzuführen. Insbesondere soll die  
128 Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden dabei beachtet werden. Die  
129 regelmäßige Vornahme umfassender Überwachungsgesamtrechnungen muss  
130 gesetzlich vorgeschrieben werden. Dabei geht es nicht nur darum, regelmäßig die  
131 Effektivität schwerwiegender Maßnahmen zu überprüfen, sondern auch darum einen  
132 Austausch zwischen Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft zu ermöglichen.  
133 Insbesondere die Arbeit von Sicherheitsbehörden muss in einer Demokratie transparent  
134 sein, um gegenseitiges Vertrauen wiederherzustellen oder zu stärken.

135

136 Um eine effektive Kontrolle zu ermöglichen braucht es ebenfalls umfassende  
137 Dokumentations- und Auskunftspflichten, genau wie definierte Löscho- und  
138 Speicherpflichten. Nicht nur die wiederholte Weigerung der Bremer Polizei, Datensätze  
139 auch von Zeugen und Opfern zu löschen, oder die nachträgliche legalisierten Europol-  
140 Datenbanken haben gezeigt, dass systematische Probleme bei der Gesetzmäßigkeit  
141 der Verwaltung und Rechtsdurchsetzung im Rahmen staatlicher Datensammlungen  
142 bestehen. Auf der anderen Seite führt mangelnde Kontrolle dazu, dass die Aufklärung  
143 der rechtsterroristischen Terroranschläge des NSU und die Rolle deutscher Behörden  
144 in diesem Rahmen, durch Löschungen erschwert bis unmöglich gemacht wurden. Auch  
145 beim BND hat sich gezeigt, dass mangelnde Dokumentation eine nachträgliche  
146 Aufklärung erschwerte, so war kaum noch nachvollziehbar, ob und welche Daten mit  
147 internationalen Partnern geteilt wurden.

148

149 Im Hinblick auf rechtmäßig gesammelte und gespeicherte Daten, gilt es Gefahren durch  
150 automatisierte Datenverarbeitung zu begegnen. Es müssen insbesondere in die  
151 Algorithmen eingewobene Diskriminierungen vermieden und einem „automation bias“  
152 vorgebeugt werden. Diese Gefahren werden verstärkt, wenn Anwendungen genutzt  
153 werden, deren Funktionsweise weder für Anwender noch für die Menschen deren Daten  
154 ausgewertet werden, verständlich ist. Es darf keine „BlackBox Algorithmen“ geben, an  
155 deren Ende eine Prognose steht, welche Ausgangspunkt für möglicherweise  
156 grundrechtsintensive Maßnahmen ist. Eine alleinige letzte Entscheidungskompetenz  
157 eines Menschen zur Absicherung reicht jedoch auf Grund der Gefahren des  
158 „automation bias“ nicht aus. Wir fordern deswegen die Nutzung von quelloffenen  
159 Anwendungen oder aber zumindest von Anwendungen deren Quellcode vollständig von  
160 der jeweiligen Behörde oder einer dafür vorgesehenen Stelle kontrolliert wurden.

161

162 Leider ist es zum Schutz der Rechte aller nicht ausreichend, wenn deutsche Behörden  
163 und Stellen entsprechende Maßnahmen der Massenüberwachung oder  
164 undurchsichtigen Datenverwertung und Analyse unterlassen. Das Internet ist ein  
165 globaler Raum mit globalen Akteuren, die häufig schon eigenen Staatsbürgern wenige  
166 digitale Rechte zugestehen, aber auf die Rechte fremder Staatsbürger oft keinerlei  
167 Rücksicht nehmen. Deutschland ist auf Grund der politischen und wirtschaftlichen  
168 Bedeutung oft auch für ausländische Akteure ein relevanter Raum. Auf diese  
169 Bedrohung muss der Gesetzgeber reagieren. Es braucht deshalb ein Recht auf  
170 effektive Verschlüsselung, ohne jegliche Hintertüren. Zwar ist der Gedanke

171 nachvollziehbar, im Ausnahmefall Kommunikation mitlesen zu wollen. Jedoch gibt es  
172 keine Hintertüren „nur für gute Menschen“. Eine Schwächung von  
173 Verschlüsselungstechnologien ist immer auch eine Schwächung der Zivilgesellschaft  
174 und der eigenen digitalen Sicherheitsstruktur.

175

176 Es ist wichtig und richtig, dass unsere Sicherheitsbehörden gegen Bedrohungen  
177 vorgehen und individuelle sowie kollektive Rechtsgüter schützen. Dafür brauchen sie  
178 die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen. Wir dürfen aber vor dem  
179 Hintergrund wachsender technischer Möglichkeiten auch nicht vergessen, dass nicht  
180 alles, was möglich ist, auch gemacht werden sollte. Technologie ist nicht immer die  
181 Antwort auf gesellschaftliche Fragen. Grundsätzliche Entscheidungen im Verhältnis  
182 Bürger-Staat, wie die freie Entfaltung, sind unbedingt auch in einer digitalisierten  
183 Gesellschaft zu erhalten.

<b>B3</b>	Antragsteller*in:	Jusos Harburg
	Beschluss:	

1 **Wärmetauscher in Duschen und Badewannen**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
4 Juso Bundeskongress beschließen:

5

6 **Forderung:**

7 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass Wärmetauscher in  
8 Duschen und Badewannen in Neubauten zunächst stufenweise gefördert und nach  
9 einigen Jahren verpflichtend installiert werden müssen. Zudem soll die Produktion  
10 subventioniert werden, um die Nachrüstung in bereits bestehenden Bauten finanziell zu  
11 unterstützen. Die Verfügbarkeit solcher Wärmetauscher ist derzeit aufgrund der hohen  
12 Nachfrage sehr gering. Von daher schlagen wir vor, dass die Produktion subventioniert  
13 und ausgebaut wird.

14 **Begründung:**

15 Ein Wärmetauscher in einer Dusche oder Badewanne kann maßgeblich dazu beitragen,  
16 den Energieverbrauch beim Duschen zu reduzieren. Im Hinblick auf die aktuelle  
17 Situation (Energiekrise, Klimakatastrophe), ist diese Maßnahme dringend erforderlich.

18 Normalerweise fließt beim Duschen warmes Wasser direkt in den Abfluss, wo die  
19 Wärme dann ungenutzt dissipiert. Durch einen Wärmetauscher kann diese Wärme  
20 genutzt werden, um zulaufendes Kaltwasser zu erwärmen. Einige Hersteller\*innen  
21 geben mögliche Energieersparnisse von 40% an. Im Angesicht der akuten  
22 Energiekrise kann dies einen entscheidenden Beitrag dabei leisten, den nationalen  
23 Verbrauch von Erdgas zu senken. Auch Nutzer\*innen von anderen Heizmethoden  
24 werden davon profitieren.

25 Gegenwärtig ist die Installation eines Wärmetauschers nicht verpflichtend. Wir schlagen  
26 deshalb vor, dass bei Neuinstallationen einer Dusch- oder Badewanne ein  
27 Wärmetauscher verbaut werden muss. Eine Förderung durch den Staat ist sinnvoll.  
28 Bzgl. der Art der Förderung legen wir uns nicht fest, schlagen aber eine zinsfreie  
29 Ratenzahlung über die KfW vor.

30 Bei Bestandsbauten ist u.U. eine Nachrüstung möglich. Hierfür sind – je nach Konzept  
31 – nicht notwendigerweise Modifikationen an der Installation erforderlich. Auch für solche  
32 Wärmetauscher sollte es Förderung geben.

33 Gemessen am finanziellen Ersparnis, welche sich durch die Reduktion der  
34 Energiekosten ergeben kann, hat sich die Anschaffung möglicherweise nach wenigen  
35 Jahren amortisiert. Durch eine Ratenzahlung über die KfW ergäbe sich somit kein  
36 akuter Preisschock.



<b>B4</b>	<i>Antragsteller:in:</i>	<i>AK Mobilität über Juso-Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	

1 **Erfolgsgeschichte 9-Euro-Ticket fortsetzen, Mobilitätswende beschleunigen**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
4 SPD-Landesparteitag und zum Juso-Bundeskongress zur jeweiligen Weiterleitung an  
5 den SPD-Bundesparteitag beschließen:

6

7 **Forderung:**

8 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der  
9 Bundesregierung werden aufgefordert, spätestens zum Beginn des Jahres 2023 mit  
10 den Ländern eine Anschlusslösung für das 9-Euro-Ticket einzuführen und diese dafür  
11 finanziell entsprechend auszustatten.

12 Eine Anschlusslösung muss dabei weiterhin eine bundesweite Gültigkeit im Nah- und  
13 Regionalverkehr sowie allen Verkehrsverbänden beinhalten und sollte für Preise von  
14 höchstens 30 Euro pro Monat bzw. 365 Euro im Jahr erhältlich sein. Für  
15 einkommensschwache Gruppen – insbesondere Sozialhilfeempfänger\*innen,  
16 Auszubildene, Studierende, Schüler\*innen, Freiwilligendienstleistende – weniger.

17 Zeitgleich muss der Angebotsausbau im Nah- und Regionalverkehr weiter  
18 vorangetrieben und entsprechend finanziert werden, um der steigenden Nachfrage  
19 gerecht zu werden und bestehende Angebotslücken zu schließen. Die reine Rentabilität  
20 einer Strecke ist in den Entscheidungsprozess sowie die Priorisierung erst nachrangig  
21 einzubeziehen.

22 **Begründung:**

23 Das 9-Euro-Ticket hat sich als wahrscheinlich erfolgreichste Maßnahme der bisherigen  
24 Entlastungspakete erwiesen: 21 Millionen verkaufte Sondertickets allein im Juni, dazu  
25 10 Millionen weitere Abonnement-Tickets, sprechen eine deutliche Sprache. Das 9-  
26 Euro-Ticket hat durch seine Einfachheit und den günstigen Preis eine ungeahnte  
27 Begeisterung für den ÖPNV geweckt. Zwei Erkenntnisse können daher bereits jetzt  
28 gewonnen werden: Die Bürger\*innen nutzen vermehrt den ÖPNV, wenn der Preis  
29 attraktiv ist und sie sich nicht durch einen Tarifdschungel kämpfen müssen. Auch wenn  
30 das Ticket für viele Freizeitfahrten genutzt wird, ist es auch insbesondere für  
31 Pendler\*innen eine spürbare Entlastung, die direkt bei ihnen ankommt.

32 Doch das Modellprojekt läuft im Ende August aus und bisher ist leider trotz  
33 entsprechender Stimmen auch aus der SPD keine Fortsetzung in Sicht. Aus zwei  
34 Gründen ist diese aber dringend notwendig:

35 1. Die gestiegenen Energiepreise werden auch im ÖPNV steigende Ticketpreise,  
36 spätestens zum neuen Jahr, zur Folge haben. Gleichzeitig sind viele

- 37           Bürger\*innen auf bezahlbare Mobilität angewiesen, Entlastungen in diesem  
38           Bereich also besonders wirksam und notwendig.
- 39           2. Für eine erfolgreiche Bekämpfung der Klimakrise besteht vor allem bei der  
40           Mobilität dringender Handlungsbedarf. Das 9-Euro-Ticket leistet bisher einen  
41           erfolgreichen Beitrag zum Gelingen der Mobilitätswende. Daher muss diese  
42           Vorlage für eine dauerhafte Lösung eines deutschlandweiten, einheitlichen und  
43           bezahlbaren Nahverkehrstickets genutzt werden.